Entwicklungspolitik

STEFAN A. MUSTO

Vier große Themenschwerpunkte dominierten 1988 die Diskussion um die Entwicklungspolitik der Gemeinschaft: die Neuverhandlung des im Februar 1990 auslaufenden dritten Lomé-Abkommens, die Folgen der Süderweiterung und die entsprechende Anpassung der Handels- und Finanzprotokolle für die betroffenen Mittelmeerländer, die Perspektiven für die Gestaltung der künftigen Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den nicht-assoziierten Entwicklungsländern und die Frage der möglichen Auswirkungen der Vollendung des europäischen Binnenmarktes für die Beziehungen der Gemeinschaft mit der Dritten Welt.

Die Diskussion über diese Themen erfolgte vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden wirtschaftlichen Krise, die in einem großen Teil der Dritten Welt durch hohe Verschuldung, Verringerung der Exporterlöse infolge fallender Rohstoffpreise, allgemeine Strukturschwäche und mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sowie durch schmerzhafte wirtschaftliche und soziale Folgen der Strukturanpassung gekennzeichnet ist. Diese kritische Lage in einer wachsenden Zahl von Partnerländern stellt für die Entwicklungspolitik der Gemeinschaft eine zusätzliche Herausforderung dar.

Neuverhandlung der Lomé-Konvention

Die Verhandlungen über die vierte Lomé-Konvention, die am 1. März 1990 in Kraft treten soll, wurden am 12. und 13. Oktober 1988 in Luxemburg aufgenommen. Da die Position der EG-Kommission bereits veröffentlicht und am 15. März 1988 durch den zuständigen EG-Kommissar Natali erläutert worden war[1], brachte die Eröffnungssitzung keine besonderen Überraschungen.

Die Verhandlungslinie der EG-Kommission beruht auf dem Grundsatz „Wandel und Kontinuität". Es wird darauf hingewiesen, daß „die größten Probleme, mit denen die AKP-Länder konfrontiert sind, dauerhafte Strukturprobleme sind – Unsicherheit der Nahrungsmittelversorgung, Umweltgefährdung, Abhängigkeit von Rohstoffen –, und somit auch die Zusammenarbeit in diesen zentralen Problembereichen von langfristigen, dauerhaften Bemühungen geprägt sein muß"[2]. Dementsprechend schlägt die Kommission für die Laufzeit des Abkommens eine Zweiteilung vor: das Rahmenabkommen soll mit einer unbefristeten Gültigkeitsdauer abgeschlossen werden, während die Finanzprotokolle und die Vereinbarungen über die spezifischen Prioritäten der Zusammenarbeit jeweils mit einer auf fünf Jahre begrenzten Laufzeit ausgehandelt werden sollen. Bezüglich der

geographischen Erweiterung der Konvention geht die Kommission davon aus, daß Namibia nach Erlangung der Unabhängigkeit in die Gruppe der AKP-Länder aufgenommen wird; über die Frage der Eingliederung von Haiti und der Dominikanischen Republik soll noch verhandelt werden.

Zu den einzelnen Kooperationsfeldern des nächsten Lomé-Abkommens vertritt die Kommission zum Teil restriktive, zum Teil aber auch innovative Positionen. Im Bereich des Handels sieht die Kommission keinen Spielraum für eine weitere Liberalisierung, sie weist aber darauf hin, daß die Vollendung des EG-Binnenmarktes sowie die GATT-Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde durchaus zur Erweiterung der Märkte und zur Stimulierung der Importe aus Entwicklungsländern beitragen würden. Innovativer sind die Absichtserklärungen hinsichtlich der Anpassung der AKP-Länder an die veränderten weltwirtschaftlichen Verhältnisse, bei der die Gemeinschaft eine aktivere Rolle als bisher übernehmen will. In diesem Zusammenhang werden insbesondere drei Zielbereiche der Zusammenarbeit hervorgehoben: Förderung des Dienstleistungssektors in den Entwicklungsländern, um die Abhängigkeit der Partner von importierten Dienstleistungen zu verringern; Maßnahmen zugunsten der Stabilisierung der Welt-Rohstoffmärkte; neue Instrumente zur Unterstützung der Strukturanpassung, Beseitigung interner Strukturhemmnisse und Abfederung der durch die Verschuldungskrise erforderlich gewordenen Reformpolitiken. Für diese Kooperationsbereiche sollen neue Vorschläge ausgearbeitet und entsprechende Lösungen ausgehandelt werden. Als weitere Schwerpunkte der Zusammenarbeit nennt die EG-Kommission die Förderung der regionalen Kooperation, Schonung der Umwelt und Schutz der natürlichen Ressourcen, die Förderung europäischer Direktinvestitionen in AKP-Ländern sowie die Zusammenarbeit bei einer aktiven Bevölkerungspolitik.

Die Verhandlungspositionen der AKP-Länder sind in einem 180 Seiten starken Memorandum niedergelegt[3]. In diesem Dokument werden für die künftige Zusammenarbeit drei Schwerpunkte gesetzt: die Förderung der landwirtschaftlichen bzw. ländlichen Entwicklung, die Verbesserung der Bedingungen für den Handel und die Verstärkung der finanziellen Kooperation. Hinsichtlich der Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung werden die Fischerei, die Agrarforschung und der Umweltschutz als besondere Schwerpunktbereiche herausgehoben. Im Bereich des Handels verlangen die AKP-Länder von der Gemeinschaft die Beseitigung der noch bestehenden tarifären und nicht-tarifären Hemmnisse und damit die volle Verwirklichung des Freihandels. Zugleich fordern sie die Gemeinschaft auf, die relativen Handelspräferenzen, welche die AKP-Länder gegenüber anderen Gruppen von Entwicklungsländern genießen, zu konsolidieren und nach Möglichkeit weiter auszubauen, um zu verhindern, daß die allgemeine Handelsliberalisierung im Rahmen der Uruguay-Runde sowie die Vollendung des EG-Binnenmarktes eine weitere Erosion dieser Präferenzen bewirken. Bei der finanziellen Zusammenarbeit soll die Gemeinschaft das Mittelvolumen des Europäischen Entwicklungsfonds deutlich erhöhen, um dem durch das hohe Bevölkerungswachstum

und das sinkende Pro-Kopf-Einkommen gestiegenen Bedarf Rechnung zu tragen. Für das Stabex-System wird vorgeschlagen, daß die Ziele neu definiert werden, damit die Diversifizierung der Exporte eine stärkere Berücksichtigung findet, die Referenzperiode von vier auf zehn Jahre verlängert wird, um den längerfristigen Trends im Handel besser als bisher Rechnung zu tragen, und die bisher geltenden Restriktionen für die Verwendung der Stabex-Mittel aufgehoben werden. Im Zusammenhang mit den Problemen der Verschuldung und Strukturanpassung erhoffen sich die AKP-Länder von der Gemeinschaft eine wirksame Unterstützung bei der Bemühung, die Politiken des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zu modifizieren und die negativen Wirkungen der Strukturanpassung abzumildern. Schließlich plädieren die AKP-Länder für einen Erlaß aller öffentlichen Schulden seitens der Gemeinschaft als Institution und der Regierungen der einzelnen EG-Mitgliedstaaten.

Obwohl die von der Gemeinschaft und den AKP-Ländern gesetzten Schwerpunkte für die künftige Zusammenarbeit in weiten Bereichen konvergieren und beide Seiten Verständnis für die jeweiligen Präferenzen, Probleme und Beschränkungen auf der Gegenseite signalisiert haben, wird im allgemeinen mit einem relativ schwierigen Verlauf der Verhandlungen zu Lomé IV gerechnet. Besonders in den Bereichen Handel und Finanzen sind die Spielräume der Gemeinschaft äußerst begrenzt. Was den Handel betrifft, den der Sprecher der AKP-Gruppe als die „Hauptsäule der Zusammenarbeit" bezeichnete[4], so weist die Gemeinschaft nicht zu Unrecht darauf hin, daß die Einfuhren der EG aus AKP-Ländern sich trotz einer Vorzugsbehandlung weniger günstig entwickelten als Importe aus einigen anderen Gruppen von Entwicklungsländern. Der weitere Ausbau von Handelspräferenzen könne daher nicht als Ersatz für eine diversifizierte Exportpalette und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Ausfuhrerzeugnisse betrachtet werden[5]. Auch im Bereich der finanziellen Zusammenarbeit sind der Gemeinschaft relativ enge Grenzen gesetzt; der zuständige Kommissar Natali hat es daher auch vermieden, bei der Darstellung der EG-Leitlinien für die Verhandlungen Zahlen zu nennen, die als Richtgrößen interpretiert werden könnten. Die Gemeinschaft ist bestrebt, vor allem das Erreichte zu konsolidieren sowie die Qualität und Wirksamkeit der Zusammenarbeit durch die Setzung von klaren Prioritäten, die Bündelung von Maßnahmen und die Förderung der Kooperation zwischen den Partnerländern selbst zu verbessern. Wie weit den Wünschen der AKP-Länder Rechnung getragen werden kann, wird sich noch in diesem Jahr erweisen: Die Verhandlungen zu Lomé IV sollen vor Ende 1989 abgeschlossen werden.

Anpassung der Mittelmeerprotokolle

Die Mittelmeerländer sind durch die Süderweiterung der Gemeinschaft, insbesondere den Beitritt Spaniens, auf zweifache Art betroffen. Einerseits öffnen sich die iberischen Märkte für Erzeugnisse der Länder des südlichen und östlichen Mittelmeerraumes, mit denen die EG präferenzielle Handels- und Kooperationsbeziehungen unterhält; andererseits werden die traditionellen Exporte der Mittel-

meeranrainer auf dem europäischen Markt durch ähnliche Erzeugnisse der Beitrittsländer unter einen starken Wettbewerbsdruck gesetzt. Die Gemeinschaft hat wiederholt auf den „besonderen Charakter" ihrer Beziehungen zu den Ländern des Mittelmeerraumes hingewiesen und ihre Absicht bekräftigt, das bestehende System der Mittelmeerpräferenzen vor einer Aushöhlung zu bewahren[6]. Dementsprechend bemühte sich die Kommission seit 1985 darum, die Mittelmeerpräferenzen nach der Süderweiterung der veränderten Lage anzupassen und mit den betroffenen Ländern des Mittelmeerraumes neue Handels- und Finanzprotokolle auszuhandeln[7].

Diese Protokolle sind im Laufe von 1988 und 1989 in Kraft getreten. Gewisse Verzögerungen gab es bei den Verhandlungen mit Malta, Marokko, Syrien und Israel. Zur gleichen Zeit wurden auch die Protokollbestimmungen zur Festlegung der technischen Anpassungen für die Anwendung der Mittelmeerabkommen durch Spanien und Portugal in Kraft gesetzt. Bei der Aushandlung dieser Protokolle ließ sich die Gemeinschaft vom Prinzip leiten, den Ländern des Mittelmeerraumes die Chance einzuräumen, auf dem EG-Markt mit den Beitrittsländern in eine offene Konkurrenz zu treten[8]. Im Bereich des Industriegüterhandels sollen so schnell wie möglich Vorkehrungen getroffen werden, um zum Prinzip des Freihandels zurückzukehren, mit Ausnahme des Handels mit Textilprodukten, der im Zuge der Neuordnung des Welttextilmarktes im Rahmen der Verhandlungen über ein neues Multifaserabkommen geregelt werden soll. Im Bereich des Handels mit Agrarerzeugnissen räumt die Gemeinschaft den Mittelmeerländern zollfreie Kontingente für ihre traditionellen Exportprodukte ein, wobei das jeweilige Volumen der Kontingente auf der Grundlage der durchschnittlichen Exporte der vorangegangenen repräsentativen Jahre berechnet wird. Die Beseitigung der Restzölle soll parallel zur Liberalisierung des EG-Marktes für Spaniens Agrarexporte bis zum 31. Dezember 1992, im Falle einiger sensitiver Erzeugnisse bis zum 31. Dezember 1995 erfolgen. Besondere Regelungen sind für das tunesische Olivenöl sowie Tafelweine aus dem Mittelmeerraum vorgesehen.

Die neuen Finanzprotokolle, die für die Periode 1986–1991 gelten, sehen ein Kooperationsvolumen von 1,6 Mrd. ECU vor. Dieser Betrag, der zwar das Mittelvolumen der früheren Protokolle nominal um 59% übersteigt, bedeutet angesichts der Inflationsraten und des Bevölkerungswachstums in den letzten Jahren keine reale Erhöhung. In zweierlei Hinsicht sind dennoch Verbesserungen zu verzeichnen. Einerseits wurden für die finanzielle Zusammenarbeit klare Prioritäten (Diversifizierung der Agrarproduktion, Förderung der regionalen Zusammenarbeit) gesetzt, wodurch die Wirksamkeit der Mittelverwendung deutlich gesteigert werden kann. Andererseits wurde die Struktur des Finanzvolumens erheblich verbessert, indem der Anteil der Zuschüsse aus dem Gemeinschaftshaushalt zu Lasten der Sonderdarlehen deutlich erhöht wurde und die Gemeinschaft den Partnerländern nun auch Risikokapital zur Stimulierung der regionalen Zusammenarbeit zur Verfügung stellt[9].

Obwohl die Gemeinschaft mit der Anpassung ihrer Mittelmeerpolitik bis an die Grenzen ihres Spielraumes in Außenhandel und Kooperation vorgestoßen ist, werden die neuen Protokolle in den Partnerländern mit einiger Skepsis beurteilt. Man verweist darauf, daß das Volumen der Finanzmittel keine nennenswerte Steigerung aufweise, die Beschränkungen für Exporte von Textilerzeugnissen in die Gemeinschaft weiter bestünden und das Volumen der zollfreien Kontingente für die traditionellen Agrarexporte zu eng bemessen sei und nicht ausreichen werde, um die betroffenen Länder für die erwarteten Verluste zu kompensieren[10]. Ob und wie weit solche Befürchtungen gerechtfertigt sind, wird sich erst nach der vollständigen Öffnung des EG-Marktes für die spanischen Exporte und der iberischen Märkte für die Ausfuhren der übrigen Mittelmeerländer (also ab 1993 bzw. 1996) erweisen.

Die Beziehungen zu den nicht-assoziierten Entwicklungsländern

Parallel zur Erneuerung des Lomé-Abkommens und der Mittelmeerprotokolle hat die Gemeinschaft 1988 ihre Bemühungen fortgesetzt, die Beziehungen zu den nicht-assoziierten Entwicklungsländern weiterzuentwickeln und zu vertiefen. Obwohl keine herausragenden Ereignisse zu verzeichnen waren, konnte die Zusammenarbeit mit einzelnen Gruppen von Entwicklungsländern weiter ausgebaut und intensiviert werden:

- Mit den Golfstaaten wurde am 15. Juni 1988 ein Kooperationsabkommen abgeschlossen, wodurch die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den Unterzeichnerstaaten der Charta des Kooperationsrates der Golfstaaten einen institutionellen Charakter erhielten. Das Abkommen sieht eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, Landwirtschaft, Fischerei, Energie, Wissenschaft, Technologie, Ausbildung und Umweltschutz vor. Im Bereich des Handels soll die Meistbegünstigungsklausel angewendet werden; die Vertragsparteien bekräftigten außerdem ihre Absicht, den beiderseitigen Warenaustausch zu diversifizieren und weiterzuleiten[11]. Es wird damit gerechnet, daß in absehbarer Zeit ein Freihandelsabkommen zwischen der EG und den Golfstaaten ausgehandelt werden kann, sofern eine Lösung für das Problem der sensitiven petrochemischen Produkte gefunden wird.
- Mit den Ländern Südasiens (Bangladesch, Indien, Pakistan, Sri Lanka) und den ASEAN-Staaten wurde die Zusammenarbeit im Rahmen der jeweils bestehenden Kooperationsabkommen fortgesetzt. Bei der siebten Außenministertagung der EG-ASEAN-Gruppe, die am 2. und 3. Mai 1988 in Düsseldorf stattfand, wurde eine positive Bilanz der zehnjährigen Zusammenarbeit gezogen. Die Minister begrüßten die dynamische Entwicklung der Handelsbeziehungen, bedauerten aber die relativ schwache europäische Investitionstätigkeit in Südostasien[12].
- Die Beziehungen zu Lateinamerika haben in den letzten Jahren, insbesondere seit dem Beitritt Spaniens, für die Gemeinschaft an Bedeutung zugenommen. Die 1986 von der Kommission unterbreiteten Vorschläge für die Förderung der

industriellen Kooperation, die Verstärkung der Zusammenarbeit auf den Gebieten der Ausbildung, Wissenschaft und Forschung sowie die partielle Verbesserung der Handelspräferenzen wurden vom Europäischen Rat zwar im Grundsatz gebilligt, aber konkrete, über den Rahmen der bestehenden Kooperationsbeziehungen hinausgehende Beschlüsse wurden bisher noch nicht gefaßt[13].

- Die besonderen Beziehungen zu Zentralamerika wurden anläßlich der Konferenz der Außenminister Zentralamerikas, der Contadora-Staaten und der Gemeinschaft, vom 29. Februar bis 1. März 1988 in Hamburg, weiter verstärkt. Im Rahmen einer gemeinsamen politischen Erklärung und eines wirtschaftspolitischen Kommuniqués würdigten die EG-Länder die im mittelamerikanischen Friedensprozeß erreichten Fortschritte und begrüßten den von den zentralamerikanischen Staaten vorgelegten „Plan für Sofortmaßnahmen". Die Gemeinschaft sagte zu, in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament die Durchführung der Wahlen zum Mittelamerikanischen Parlament zu unterstützen, ihren Beitrag zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit der Region zu erhöhen und die Möglichkeit einer Verbesserung der Handelspräferenzen für zentralamerikanische Erzeugnisse zu prüfen[14].

Für die Gemeinschaft stellt sich die Frage, wie sie den unterschiedlichen Interessen und dem unterschiedlichen Entwicklungsgrad der einzelnen Länder besser Rechnung tragen könnte. Die Forderungen der nicht-assoziierten Länder nach einem offenen, weltweit ausgerichteten Kooperationsangebot und einem differenzierten Instrumentarium stoßen an die Grenzen der handelspolitischen und finanziellen Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft. Das Problem, wie die künftigen Beziehungen zu diesen Ländern weiter ausgebaut und vertieft werden können, stellt sich für die Entwicklungspolitik der Gemeinschaft mit zunehmender Dringlichkeit.

Der europäische Binnenmarkt und die Entwicklungsländer

Allen Entwicklungsländern gemeinsam ist die Sorge, daß die für 1993 vorgesehene Vollendung des einheitlichen europäischen Binnenmarktes zu einer Verstärkung protektionistischer Tendenzen und einer Schwächung des Kooperationspotentials der Gemeinschaft führen könnte. Es wird befürchtet, daß die Maßnahmen zur Vereinheitlichung von Normen, Regeln und Politiken im EG-Raum sich als Bausteine einer „Festung Europa" erweisen würden. Manche Entwicklungsländer befürchten nicht nur eine tendenzielle Anhebung der Schwelle für den Zutritt zum EG-Markt, sondern auch die Erosion ihrer traditionellen Handelsbeziehungen zu einzelnen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft.

Im Laufe der vergangenen Monate hat die EG-Kommission wiederholt versucht, diese Sorgen zu zerstreuen. Sie bekannte sich entschieden zur Offenheit des europäischen Marktes und zur Kontinuität der Vorzugsbehandlung von Entwicklungsländern. Der Generaldirektor für Entwicklungspolitik bei der EG-Kommission, Dieter Frisch, erklärte in einem Vortrag am 25. 10. 1988: „Europa wird nicht zur Festung, sondern bleibt ein verläßlicher Partner der Entwicklungslän-

der"[15]. Er wies darauf hin, daß durch die Verschmelzung der einzelnen nationalen Märkte nicht nur eine größere Markttransparenz, sondern auch eine Verbesserung und Vereinheitlichung der Zugangsbedingungen zum europäischen Markt geschaffen werden könnte. Der Binnenmarkt biete neue Möglichkeiten für die Nutzung von Massenproduktionsvorteilen; der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital stimuliere die Nachfrage nach zusätzlichen Einfuhren; die Rechtsangleichung und die gegenseitige Anerkennung von technischen Normen können neue Chancen für die Exporte aus Drittländern eröffnen[16]. Frisch erinnerte daran, „daß der Einigungsprozeß Europas bislang mit einem ständigen Ausbau des entwicklungspolitischen Engagements der Gemeinschaft einherging"[17].

Eine besondere Sorge für die Entwicklungsländer bereitet die vorgesehene Beseitigung der nationalen mengenmäßigen Beschränkungen. Es wird befürchtet, daß die bisherigen Maßnahmen zum Schutz der nationalen Interessen einzelner Mitgliedstaaten künftig auf die gesamte Gemeinschaft ausgedehnt werden. Es wird besonders auf zwei Produktgruppen hingewiesen, deren Einfuhren aus Drittländern heute noch nationalen Beschränkungen unterliegen: Textilerzeugnisse und Bananen. In den nächsten Jahren sollen beide Produktmärkte neu geregelt werden. Die Textilpolitik der EG wird mit dem Auslaufen der gegenwärtigen Multifaservereinbarungen 1991–1992 neu geordnet; im Falle der Bananen soll bis 1992 eine Marktordnung ausgearbeitet werden. Es ist daher schwer abschätzbar, ob der Zugang zum EG-Markt für diese Produkte letztlich erschwert oder erleichtert wird.

So läßt sich gegenwärtig nicht mit Sicherheit feststellen, ob und wiefern die Sorgen der Entwicklungsländer im Zusammenhang mit der Vollendung des Binnenmarktes begründet sind. Auf jeden Fall ist es mehr als wahrscheinlich, daß die Errichtung des gemeinsamen Binnenmarktes zu einer Verschärfung des Wettbewerbs auf diesem Markt führen wird. Es besteht daher kaum ein Zweifel, daß Drittländer, die über ein wettbewerbsfähiges, flexibles und diversifiziertes Angebot verfügen, die neuen Möglichkeiten des Binnenmarktes besser nutzen werden als Länder mit einem strukturell und qualitativ schwächeren Exportpotential. Aus diesem Grund wird die Entwicklungspolitik der Gemeinschaft in den kommenden Jahren mit der zunehmenden Notwendigkeit konfrontiert, die besonderen Präferenzregelungen zugunsten der ärmeren, wettbewerbsschwächeren Entwicklungsländer nicht nur festzuschreiben, sondern nach Möglichkeit zu verbessern.

Ausblick

Angesichts der Verschuldungs- und Strukturkrise in der Dritten Welt und der anstehenden Vollendung des europäischen Binnenmarktes stellen sich neue Fragen und neue Anforderungen an die Entwicklungspolitik der Gemeinschaft:

- Wie kann die Gemeinschaft ihre Entwicklungspolitik stärker als bisher global ausrichten und eine weltweite Offenheit demonstrieren, ohne die relativen Präferenzen der assoziierten AKP- und Mittelmeerländer zu beeinträchtigen?

- Welche Rolle kann die Gemeinschaft angesichts der Wirtschaftskrise und der Strukturanpassungsprobleme in einem großen Teil der Dritten Welt als aktiver Partner übernehmen, und welche Kooperationsinstrumente könnte sie hierbei einsetzen?
- Wie kann gewährleistet werden, daß die Vollendung des einheitlichen europäischen Binnenmarktes sich für die Entwicklungsländer nicht als ein neues Hindernis, sondern als eine neue Chance erweist?

Die Sorgen, daß die Fortschritte im europäischen Integrationsprozeß die Aufmerksamkeit und die wirtschaftspolitischen Anstrengungen der EG noch stärker auf innergemeinschaftliche Probleme, Defizite und Interessen lenken könnten, sind nicht unbegründet. Auch die Neuverhandlung der Lomé-Konvention wird im Schatten des künftigen Binnenmarktes erfolgen. Auf Seiten der Gemeinschaft besteht zwar die politische Absicht, neue, geeignete Instrumente zu entwickeln und zusätzliche Kooperationsmöglichkeiten zu erschließen, aber die Grenzen der finanz- und handelspolitischen Spielräume sind nicht weit genug, um auszuschließen, daß das bestehende System der Vergünstigungen zu einem Nullsummenspiel wird.

Anmerkungen

1 Vgl. Bulletin der EG, 3/1988, S. 105–106. Eine zusammenfassende Darstellung in: The Courier, Nr. 109, Mai–Juni 1988, News Roundup, S. 5 ff.

2 Vgl. The Courier, Nr. 109, Mai–Juni 1988, News Roundup, S. 6.

3 Eine zusammenfassende Darstellung der AKP-Position in: The Courier, Nr. 113, Januar–Februar 1989, News Roundup, S. 1 ff.

4 Vgl. The Courier, Nr. 112, November–Dezember 1988, News Roundup, S. 2.

5 Für weitere wirtschaftspolitische Analysen und statistische Einzelheiten siehe Stevens, Christopher/Verloren van Themaat, Jan (Eds.): Europe and the International Division of Labour – The EEC and the Third World: A Survey, London 1987.

6 Kommission der EG: Bericht der Kommission an den Rat über die Sondierungsgespräche mit den Mittelmeerländern und den Beitrittsländern, KOM (84) 107 vom 11. 5. 1984.

7 Ebd. Für eine ausführliche Analyse der Probleme siehe Kommission der EG: Die Europäische Gemeinschaft und der Mittelmeerraum, Brüssel 1984.

8 Vgl. Renier, Y.: Europe and the Southern Mediterranean, in: The Courier, Nr. 108, März–April 1988, S. 53 ff.

9 Ebd.

10 Näheres hierzu in Musto, Stefan A.: The Common Agricultural Policy and the Mediterranean, in: The Jerusalem Journal of International Relations, 3 (1988), S. 55 ff.

11 Vgl. 22. Gesamtbericht der EG 1988, S. 382 f.

12 Ebd., S. 383 ff.

13 Ebd., S. 387 f.; vgl. Schmuck, Otto: Entwicklungspolitik, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europ. Integration 1986/87, Bonn 1987, S. 232 ff.

14 Ebd., S. 388 f. Siehe auch Ashoff, Guido: Die Entwicklungszusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Lateinamerika – Erfahrungen und Perspektiven, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Berlin 1988.

15 Vgl. Frisch, Dieter: Der große Binnenmarkt 1992 und die Entwicklungsländer (Vortragsmanuskript), Bonn, 25. 10. 1988, S. 30.

16 Ebd., S. 6 ff.

17 Ebd., S. 9.

Weiterführende Literatur

Ashoff, Guido: Die Entwicklungszusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Lateinamerika – Erfahrungen und Perspektiven, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Berlin 1988.

Deutsche Welthungerhilfe: Lomé III – Kritische Analysen zum Verhältnis der Europäischen Gemeinschaft gegenüber der Dritten Welt, Bonn 1985.

Franzmeyer, Fritz/Petersen, Hans J. (Hrsg.): Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1984.

Kommission der EG: Die Europäische Gemeinschaft und die Dritte Welt, Brüssel 1987.

Matthews, Alan: The Agricultural Policy and the Less Developed Countries, Dublin 1985.

Ravenhill, John: Collective Clientelism – The Lomé-Conventions and North-South-Relations, New York 1985.

Schmuck, Otto: Vermittler zwischen Nord und Süd – Das Europäische Parlament und die Entwicklungspolitik, Bonn 1988.

Stevens, Christopher/Verloren van Themaat, Jan (Eds.): Europe and the International Division of Labour – The EEC and the Third World: A Survey, London 1987.